

# WIR BRAUCHEN EINE WENDE 2.0!

Und diese Wende geht wieder vom Osten aus!



## Deine Stimme gegen die Arroganz der Macht!

Wir lassen uns nicht länger von abgehobenen Politikern nach Gutsherrenart beherrschen, die nur an ihre eigene Karriere denken und denen das Volk egal geworden ist!

## Deine Stimme gegen Bevormundung!

Wir lassen uns weder von Medienvertretern noch von irgendwelchen Kulturschaffenden darüber belehren, wer als ein »guter Demokrat« zu gelten hat und wer nicht!

## Deine Stimme für Meinungsfreiheit!

Wir lassen uns nicht vorschreiben, was man heute noch sagen darf und was nicht!

## Deine Stimme für Thüringen!

Nur wer seine Heimat und sein Volk liebt, macht auch eine Politik zum Wohle seiner Bürger.

Deswegen am 27. Oktober: **Deine Stimme für die AfD!**

DIE »**FRIEDLICHE REVOLUTION**«  
MIT DEM **STIMMZETTEL**

# WENDE\_2.0

## DAMALS UND HEUTE:

# WIR SIND DAS VOLK!

1989 | 2019  
**VOLLENDE  
DIE WENDE!**



# AfD





## DAMALS

Nicht Helmut Kohl brachte die Wende.  
Es waren die »Verdachtsfälle«...



Bild: www.rarehistoricalphotos.com

## HEUTE



»Es kann nicht angehen, dass wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens bestraft wird, wer die Staatsordnung der BRD abändern will, während der, der das deutsche Staatsvolk in der BRD abschaffen und durch eine multikulturelle Gesellschaft ersetzen und auf deutschem Boden einen Vielvölkerstaat etablieren will, straffrei bleibt. Das eine ist korrigierbar, das andere nicht und daher viel verwerflicher und strafwürdiger.«

Dr. Otto Uhlitz (SPD),  
Staatsrechtler und ehem. Berliner Senatsdirektor

### »Wir sind das Volk!«

skandierten die Demonstranten 1989, als sie Montags in Leipzig den Spezialeinheiten der Volkspolizei gegenüberstanden. Damit erinnerten die Bürger das DDR-Regime, das sich so gern mit dem Begriff »Volk« schmückte, daran, wer der wahre Souverän ist.

Seit der Wende ist der Begriff »Volk« den vor allem westdeutsch geprägten Medien zunehmend unangenehm geworden. Das links-liberale Establishment fremdelt mit dem Volk, seit sich eine Mehrheit für die Einheit als Nation entschied und gegen die sozialistischen Utopien, mit denen viele Journalisten heute noch sympathisieren. Heute reden sie daher lieber von einer »Zivilgesellschaft«. Damit ist selbstverständlich nur jener Teil der Bürger gemeint, der die politischen Vorstellungen der Medienmacher teilt. Andere, wie beispiels-

weise PEGIDA-Demonstranten, werden dagegen als Pöbel dargestellt. Die Diffamierung der politischen Opposition erinnert auch von der Sprache her wieder stark an die DDR.



### Das Volk wird »verdächtig«

Die Ideologisierung des öffentlichen Lebens hat spätestens mit der politisch motivierten Auswechslung des Verfassungsschutzpräsidenten Einzug in die Behörde erhalten. Ein »ethnozentristisches Weltbild« soll nun als ein neues Kriterium für Verfassungsfeindlich-

keit eingeführt werden – ein Kampfbegriff, der aus der politischen Rhetorik der extremen Linken stammt.

Tatsächlich ist demnach auch die Grundlage unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung, das Grundgesetz, zutiefst »ethnozentristisch«: »Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus«, heißt es klar im Artikel 20 Absatz 2 des Grundgesetzes. Das Volk ist der Souverän der Bundesrepublik, nicht die »Zivilgesellschaft«, eine »Bevölkerung« oder jene, die sich zufällig gerade auf dem Gebiet der Bundesrepublik aufhalten.

### Soll das Volk abgeschafft werden?

Der Souverän des Staates steht für die heutige Regierung offenbar zur Disposition. Die Bundeskanzlerin Angela Merkel vermeidet den Begriff »Volk« konsequent und spricht lieber umständlich von »diejenigen, die schon

länger hier leben«. Eine Verbundenheit zu dem Land, dem Volk und seiner Kultur spielen in diesem Denken keine Rolle mehr. Weder wird sie von den »hier Lebenden« eingefordert, noch von der Regierung geboten.

»Wäre es da nicht doch einfacher, die Regierung löste das Volk auf und wählte ein anderes?«

Bertolt Brecht

### Ja zum Grundgesetz! Ja zum Volk!

Solche Tendenzen in der Politik sind tatsächlich staatsgefährdend. Wer die Bindungskräfte in Frage stellt und der Auflösung preisgibt, opfert die Solidargemeinschaft, die einen Staat zusammenhält. Eine zu »bunte« Gesellschaft hat einen hohen Preis: Den Verlust der inneren Sicherheit und des gesellschaftlichen Vertrauens.